

Empfehlungen des 1. kantonalen Flüchtlingsparlaments Aargau

29. Oktober 2022, Grossratsgebäude Aarau

Inhaltsverzeichnis

Kommission 1: Bildung (Sprachkurse/Schule/Ausbildung/Studium)	2
Kommission 2: Abgewiesene Asylsuchende	4
Kommission 3: Begegnung und Austausch mit dem Kanton Aargau	6
Kommission 4: F- und S-Status: Grundbedürfnisse und Lebensbedingungen	7
Kommunikation: Politische Rhetorik über Geflüchtete	8
<i>Kommission 5: Ukrainian proposals, Ukrainische Vorschläge</i>	8

Kommission 1: Bildung (Sprachkurse/Schule/Ausbildung/Studium)

1. Das Flüchtlingsparlament Aargau fordert für alleinerziehende Geflüchtete die Möglichkeit, eine Teilzeitlehre zu absolvieren, wie dies in den Kantonen Bern und Zürich möglich ist (MIA)

- 1.1 Das Flüchtlingsparlament Aargau fordert weiter, dass der Elternteil, welcher zuhause bleibt und auf die Kinder schaut, ebenfalls die Möglichkeit hat, eine Teilzeitlehre zu absolvieren, sodass dieses Angebot nicht nur für alleinerziehende Geflüchtete gilt.
- 1.2 Das Flüchtlingsparlament Aargau fordert ebenfalls, dass für die Zeit, in der die Mutter oder der Vater arbeitet oder Schule hat, eine Kinderbetreuung für ihre/seine Kinder bezahlt wird.

Begründung

Wenn die Person die Chance auf eine Ausbildung hat, ist das ein Vorteil für alle. Zum einen können Frauen so ihre Unabhängigkeit vom Sozialamt aufbauen. Zum anderen ist dies auch ein Vorteil für die Behörden, da diese Person dann auch Steuern bezahlt und keine Sozialhilfe beziehen muss, wenn sie nach der Ausbildung eine Stelle findet.

Es gibt viele geflüchtete Frauen, die noch keine Ausbildung absolviert haben; diese Frauen sollen auch eine Chance auf eine Ausbildung haben. Insbesondere für Frauen, welche für ihre Kinder verantwortlich sind, soll es auch eine Möglichkeit geben, eine Ausbildung zu machen, indem sie diese Ausbildungen in Form einer Teilzeitlehre absolvieren können, damit sie sich parallel zu ihrer Ausbildung um ihre Kinder kümmern können.

Diese Praxis gibt es schon in anderen Kantonen wie Bern und Zürich, welche mithilfe von anderen Stellen wie der Stiftung Chance diese umsetzt. Dadurch wird vielen jungen Müttern ermöglicht, eine Teilzeitlehre zu machen und somit eine Ausbildung zu absolvieren.

2. Das Flüchtlingsparlament Aargau fordert einen Nachteilsausgleich in der Berufsschule für Personen mit wenig Deutschkenntnissen und anderen schulischen oder persönlichen Schwierigkeiten. Diese Nachteilsausgleiche sollen folgendermassen aussehen: betroffene Lehrlinge sollen die Möglichkeit für Nachhilfe oder Coaching erhalten und bei Bedarf auch auf Arbeitszeit zusätzliche Deutschkurse besuchen können.

- 2.1 Das Flüchtlingsparlament Aargau zusätzlich fordert, dass geflüchtete Personen bei Bedarf eine Möglichkeit auf spezifische Nachhilfe für ihre Lehre erhalten.
- 2.2 Lehrbetriebe bieten die Möglichkeit an, dass geflüchtete Lehrlinge ein Anrecht haben, Nachhilfe bzw. zusätzliche Deutschkurse an der Berufsschule auf Arbeitszeit besuchen zu können.

Begründung:

Auch wenn Geflüchtete ein Deutschniveau von B1 oder B2 haben, kann es dennoch schwierig sein, alles zu verstehen und die Prüfungen auf Deutsch gut absolvieren zu können. Deswegen wäre es fairer, wenn es einen Nachteilsausgleich für sie gibt.

Dafür wäre es gut, wenn zum Beispiel ein:e Betreuer:in am Ausbildungsplatz genau zum Zweck der Nachhilfe zugeteilt würde. Ein Beispiel: bei einer Schreinerei in Luzern haben die Lehrlinge die Möglichkeit, sich einmal im Monat mit ihrem Berater für die Lehre zu treffen und jegliche Unklarheiten, Probleme oder Fragen anzusprechen.

3. Das Flüchtlingsparlament Aargau fordert, dass Geflüchtete trotz negativem Entscheid ihre Lehre weiterführen und beenden dürfen.

Begründung:

Die meisten Geflüchteten, welche eine Lehre anfangen, währenddem sie noch auf ihren Entscheid warten, müssen ihre Lehre abbrechen, sobald sie eine negative Aufenthaltsentscheidung erhalten. Doch die wenigsten von ihnen verlassen die Schweiz sofort. Es wäre deshalb besser, wenn sie wenigstens ihre Lehre beenden könnten. Für UMAs ist es möglich, eine Lehre noch abzuschliessen, solange sie noch minderjährig sind. Das soll auch für über 18-jährige ermöglicht werden.

Es gibt einige Geflüchtete, welche ein Härtefallgesuch einreichen, wenn sie einen negativen Entscheid erhalten haben. Dass sie eine Lehre abgeschlossen haben, würde ihr Härtefallgesuch begünstigen.

4. Das Flüchtlingsparlament Aargau fordert, dass die KSB-Kurse oder ein ähnliches Brückenangebot für junge Geflüchtete als Vorbereitung auf eine Lehre bis mindestens Alter 25 zugänglich sind.

Begründung

Früher konnten junge Geflüchtete bis zum Alter von 25 Jahren die KSB-Kurse besuchen. In manchen Kantonen sind solche Angebote auch über das Alter 21 hinaus zugänglich. Diese Brückenangebote ermöglichen den Zugang zu einer Berufslehre, was auch für Personen wichtig ist, die älter als 21-Jährig sind. Viel Potenzial geht verloren, wenn Jugendliche ab 22 kaum Chancen auf eine Berufslehre haben.

Kommission 2: Abgewiesene Asylsuchende

- 5. Das kantonale Flüchtlingsparlament Aargau kritisiert die Praxis der Eingrenzung und fordert die allgemeine Aufhebung von Eingrenzungen und Ausgrenzungen (lokale oder kantonale Rayon-Auflage) für abgewiesene Asylbewerber: innen im Kanton Aargau.**

Begründung

Bei erwachsenen Abgewiesenen verordnet der Kanton Aargau Eingrenzungen auf den Kanton, in Einzelfällen auf den Bezirk oder den Wohnort. Dies in der Hoffnung, die Abgewiesenen würden die Schweiz so schneller verlassen. Dies ist nicht der Fall, keine abgewiesene Person hat die Schweiz deswegen verlassen.

Isolation und die Verweigerung der Bewegungsfreiheit ohne stichfeste richterliche Begründung wie eine Gefährdung der Öffentlichkeit verstossen gegen die Menschenrechte! Durch die Rayon-Auflage wird der Kontakt zur Bevölkerung erschwert. Es ist eine zermürbende Situation für die Betroffenen. Es gibt abgewiesene Personen, die Familienangehörige und Freund: innen in der Schweiz haben, die sie aber aufgrund der Rayon-Auflage nicht besuchen dürfen. Die Corona-Pandemie hat uns gezeigt, wie psychisch belastend die Isolation sein kann. Die abgewiesenen Personen erleben diese Isolation im Alltag und können sich nicht dagegen wehren. Die Pflicht, eine Ausnahmegewilligung im Voraus zu beantragen, schafft mehr administrativen Aufwand ohne Zweck.

- 6. Das Flüchtlingsparlament Aargau fordert, dass Härtefallgesuche von abgewiesenen Geflüchteten nach fünf Jahren nach den geschriebenen Härtefallkriterien beurteilt werden. Es braucht eine klare anfechtbare Begründung bei einem negativen Entscheid.**

Begründung

Im Gesetz steht, dass ein Härtefallgesuch nach 5 Jahren möglich sein soll. Es soll für alle Abgewiesenen – auch Personen ohne Familie – gelten, dass sie ein Härtefallgesuch einreichen können und eine Chance auf einen positiven Entscheid haben. Das soll auch mit einem Deutschniveau A1 möglich sein. Der Kanton soll bei der Beurteilung der Härtefallgesuche transparent kommunizieren.

- 7. Beschäftigung für Abgewiesene: Das Flüchtlingsparlament Aargau empfiehlt, dass abgewiesene Asylsuchende kleine Stellenprozente als Beschäftigung ausüben dürfen**

Begründung:

Viele Abgewiesene üben eine Tätigkeit aus, diese wird jedoch als unbezahlte Beschäftigung und nur als Regulierung ihres Tagesablaufs betrachtet. Das führt bei den Betroffenen zu grosser Frustration und Perspektivenlosigkeit, was Auswirkungen auf die psychische Gesundheit hat. Daher ist es wichtig und sinnvoll, dass sie zusätzlich auch Beschäftigungsmöglichkeiten angeboten erhalten, mit denen sie für die Allgemeinheit nützliche Aufgaben verrichten - zum Beispiel für die Gemeinde im Naturschutz, als Mitarbeitende in NGOs oder in Beschäftigungsprogrammen. Zum einen ist das relevant für den Erhalt der physischen und psychischen Gesundheit, zum anderen sollen die so aktivierten Abgewiesenen aber auch etwas verdienen oder Bonus erhalten, was beispielsweise für die Finanzierung von Sprachkursen, für die Anschaffung von Zugtickets, Essen oder Kleidern verwendet werden kann. Darüber hinaus können die erworbene Wissen und erlernten Fähigkeiten bei einer Rückkehr ins Herkunftsland oder bei der Weiterreise in ein Drittland von grossem Nutzen sein. Solche Massnahmen werden auch von der eidgenössischen Kommission für Migration (EKM) empfohlen.

8. Möglichkeit zur Identifikation von Abgewiesenen: Das Flüchtlingsparlament Aargau fordert, dass die Abgewiesenen die Möglichkeit erhalten sich rechtmässig auszuweisen.

Begründung

Aktuell haben alle Abgewiesenen lediglich ein Papier, auf dem Name, Geburtsdatum und Herkunftsland steht. Dieses Papier erschwert ihnen das tägliche Leben. Es wird weder in Läden noch auf einer Bank oder der Post als Identifikationspapier akzeptiert. Abgewiesene sollen einen Ausweis, einen Bestätigungsbrief oder eine Karte, die sie als «registriert» ausweist, erhalten, damit sie sich zum Beispiel bei der Post oder anderen Stellen ausweisen können und bei Kontrollen nicht als illegal Anwesende gebüsst werden. Denn ohne ein solches Dokument wird ihr Leben zusätzlich erschwert. Beim Abholen von eingeschriebenen Briefen, beim Kauf einer SIM-Karte usw. gibt es dann Mehraufwand für die Regelstruktur und für die Betroffenen. Die mehrmalige Verurteilung für das gleiche Vergehen ist zudem stossend und sollte nicht mehr praktiziert werden. Daher unterstützt das Flüchtlingsparlament Aargau die Ausstellung eines Identitätsdokuments, wie es der Kanton Waadt bereits herausgibt, um die abgewiesenen Geflüchteten vor schikanöser Behandlung zu schützen.

Kommission 3: Begegnung und Austausch mit dem Kanton Aargau

- 9. Das Flüchtlingsparlament Aargau fordert, dass der Kanton einen Massnahmenplan erstellt, welcher zum Ziel hat, dass die Ungleichbehandlung zwischen den verschiedenen Gemeinden minimiert wird. Dabei werden Erfahrungsberichte von geflüchteten Menschen und Einschätzungen von zivilgesellschaftlichen Akteur:innen mit einbezogen.**

Begründung

Die Bedingungen für Geflüchtete mit dem gleichen Status sind unterschiedlich von Gemeinde zu Gemeinde. Manche haben „Gemeinde-Glück“ oder „Gemeinde-Pech“ in dieser „Gemeinde-Lotterie“. Sie können nicht selbst entscheiden, wo sie wohnen möchten. Auch im Föderalismus soll es Minimalstandards geben, um Geflüchtete gerecht zu behandeln.

- 10. Das kantonale Flüchtlingsparlament Aargau fordert, dass die Verantwortlichkeiten bei Beschwerden und Konflikten über den Umgang mit Geflüchteten im Kanton Aarau klar sein müssen, damit Betroffene eine direkte Anlaufstelle haben. Bei der Reorganisation des Kantonalen Sozialdienstes KSD soll eine hohe Priorität auf den Umgang mit Machtverhältnissen und professionellem Umgang der Betreuer:innen gesetzt sowie regelmässige Qualitätskontrollen implementiert werden.**

Begründung

Im Umgang von Geflüchteten und mit der Betreuung wird über Geflüchtete bestimmt, ohne dass diese die Gelegenheit haben, sich zu beschweren oder Konflikte konstruktiv anzusprechen. Es braucht klare Möglichkeiten dafür, insbesondere wenn die Machtverhältnisse einseitig sind.

- 11. Das Flüchtlingsparlament Aargau empfiehlt, dass die (Qualitäts-)Kontrollen der Angebote, welche durch externe Organisationen eingekauft werden, vor allem in den Bereichen Beschäftigung und Unterkunft, transparent gemacht werden müssen und Rückmeldungen von betroffenen Menschen beim Monitoring und der Evaluierung miteinbezogen werden müssen.**

Begründung

Effektive Qualitätssicherung braucht Feedback von Betroffenen, um die Wirksamkeit und das Fairness zu fördern. Die Stimmen der Betroffenen sollen Gehör bekommen.

- 12. Das Flüchtlingsparlament Aargau fordert, dass die Ombudsstelle, welche in Ausarbeitung ist, mit genügend Ressourcen für professionelle Übersetzer:innen ausgestattet wird. Ausserdem soll bei der Zusammensetzung der Fachpersonen auf genügend interkulturelle Kompetenzen und Fachwissen im Asylbereich geachtet werden.**

Begründung Der Kanton plant eine Ombudsstelle für Dienstleistungen durch den Kanton, auch im Asylbereich. Dolmetschen und Kulturkompetenz sind dabei nötig.

Kommission 4: F- und S-Status: Grundbedürfnisse und Lebensbedingungen

- 13. Das Flüchtlingsparlament Aargau fordert, dass der Kanton Aargau ein offizielles Dokument und eine Website für Vertragspartner:innen wie Versicherungsgesellschaften, Vermieter:innen, Arbeitgebende und Mobil-Abo-Provider etc. erstellt, die über den F-Ausweis und seine Bedingungen informiert.**

Begründung

Die Bezeichnung «vorläufig aufgenommen» entspricht für einen grossen Teil der Menschen mit F-Status nicht der Wahrheit und sie ist deshalb irreführend. Diese suggeriert, dass die Geflüchteten mit F-Status von einem Tag auf den anderen in ihre Heimatländer zurückkehren werden. Tatsache ist aber, dass die Situation in den meisten Ländern, aus denen vorläufig Aufgenommene stammen, sich leider nicht schnell verbessern wird – die grosse Mehrheit der Menschen mit F-Status bleibt langfristig in der Schweiz. Dieser Umstand erschwert aber die Vertragsschliessung mit Menschen mit F-Bewilligung. Einfache Verträge wie bspw. Mobil-Abonnemente können aus diesem Grund nicht abgeschlossen werden. Zudem lassen sich viele Arbeitgebende und Vermieter: innen auf Verträge mit vorläufig Aufgenommen nicht ein, weil sie befürchten, dass diese jederzeit die Schweiz verlassen müssten. Dies erschwert die berufliche und soziale Integration von vorläufig Aufgenommen sehr.

Viele Arbeitgeber: innen kennen den F-Ausweis und seine Bedingungen nicht. Sie denken, dass man nicht arbeiten darf oder bald die Schweiz verlassen muss. Deswegen sind sie unsicher und wollen nicht eine Person einstellen, die einen F-Ausweis hat.

- 14. Das kantonale Flüchtlingsparlament Aargau fordert, dass Flüchtlinge mit F-Ausweis, die eine Ausbildung machen wollen, das Recht auf Stipendien bekommen sollen.**

Begründung

In anderen Kantonen wie zum Beispiel im Kanton Zürich können Geflüchtete mit F-Ausweis Stipendien bekommen, wenn sie eine Ausbildung machen können. Im Kanton Aargau ist das nicht so. Viele Geflüchtete können nicht studieren oder eine Lehre machen, weil sie keine Stipendien vom Kanton erhalten.

- 15. Das Flüchtlingsparlament Aargau fordert, dass Geflüchtete, die einen Integrationskurs besuchen, vom Kanton Aargau auch die Spesen für das Essen und Getränke zurückerstattet erhalten.**

Begründung

Im Gegensatz zu anderen Kantonen bekommen Geflüchtete im Kanton Aargau keine Spesen zurückerstattet, wenn sie einen Integrationskurs besuchen. Die Sozialhilfe reicht nicht aus, um sich während der Schulzeit eine Kleinigkeit zu Essen und zu Trinken zu kaufen

Kommunikation: Politische Rhetorik über Geflüchtete

16. kantonale Flüchtlingsparlament Aargau sieht, dass diskriminierende Äusserungen - wie diejenigen von Herrn Aeschi über Menschen aus Afghanistan in den Medien - verletzend sind. Das Flüchtlingsparlament Aargau fordert, dass auf solche verletzenden Äusserungen verzichtet wird und dass die politische Rhetorik der Politiker: innen diesbezüglich verbessert werden muss.

Begründung

Wir, als geflüchtete Menschen, sind vom Anfang an bestrebt, uns möglichst schnell in dieser Gesellschaft zu integrieren und einen sinnvollen Beitrag zu leisten, obwohl es schwierig ist, in einem neuen Land Fuss zu fassen. Leider werden unsere Motivation und unser Integrationswille immer wieder wegen unverantwortlichen Bemerkungen von Politiker*innen gestört und in Frage gestellt. Ein Beispiel, das uns kürzlich entsetzt hat, war das Statement vom Fraktionspräsidenten der SVP, Thomas Aeschi (23.08.2022). Die Äusserung «Die Lage in Afghanistan hat sich beruhigt, eine Rückführung ist wieder zumutbar.» tut nicht nur den geflüchteten Menschen aus Afghanistan weh, sondern es bereitet auch die Geflüchteten aus anderen Ländern im Flüchtlingsparlament Sorge. Dies obwohl Schweizer Fachpersonen vom Bund die Situation als extrem gefährlich einschätzt: „Von Reisen nach Afghanistan und von Aufhalten jeder Art wird abgeraten... Regelmässig werden Bomben- und Selbstmordanschläge verübt. Sie richten sich unter anderem gegen die Behörden, die Sicherheitskräfte, religiöse Stätten, religiöse Minderheiten, Märkte, Schulen, Hilfsorganisationen und Kundgebungen. Nach wie vor können zudem gezielt Anschläge gegen ausländische Staatsangehörige verübt werden und gegen Einrichtungen, in denen sich Ausländerinnen und Ausländer häufig aufhalten (z.B. Restaurants, Hotels) und die Umgebung der Flughäfen.... Es besteht ein sehr hohes Entführungsrisiko. Entführungsoffer werden sowohl afghanische wie ausländische Staatsangehörige...“ (<https://www.eda.admin.ch/eda/de/home/vertretungen-und-reisehinweise/afghanistan/reisehinweise-fuerafghanistan.html#edae36c45> Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten, 12.09.2022)

Kommission 5: Ukrainian proposals, Ukrainische Vorschläge

17. Reducing employment barriers

Refugee Parliament proposes that the Canton clearly communicate to employers that Ukrainian refugees with S Status will be able to stay employed in Switzerland until Ukraine is at peace, safe and rebuilding is under way (at the earliest end of 2023). To facilitate employment for Ukrainians, employment agencies should facilitate employment contracts for special situations.

17. Abbau von Beschäftigungshindernissen

Das Flüchtlingsparlament schlägt dem Kanton vor, den Arbeitgebern klar zu kommunizieren, dass ukrainische Flüchtlinge mit S-Status so lange in der Schweiz beschäftigt werden können, bis die Ukraine befriedet, sicher und der Wiederaufbau im Gange ist (mindestens Ende 2023). Um die Beschäftigung von Ukrainerinnen und Ukrainern zu erleichtern, sollten die Zuständigen (RAV, MIKA) Arbeitsverträge für besondere Situationen ermöglichen.

Background

Experts estimate that a safe return will be possible at the end of 2023 at the earliest.

There are indeed many vacancies. Targeted support is needed for the employment of Ukrainians in Swiss companies. Since Ukrainians sometimes have an unconventional approach to solving problems, this cooperation can be beneficial for both sides. Employment search problems, in light of the issue of how status S is a temporary status. It discourages employers from hiring relevant specialists from among the Ukrainian refugees, as there are no guarantees of how status S will be extended. Due to the above, underemployment is a huge issue. On top of that, there are cases where even if a refugee found an employer, and the employer is happy to hire the refugee, the bureaucracy sometimes steps in to refuse the person the employment. For example, a refugee found a job as a land surveyor. The employer prepared the contract and was ready to take the person on. In the end, this person was not allowed to work because she has a degree in engineering, and the bureaucracy insisted that she has to be paid as an engineer and not as a land surveyor. The employer had to withdraw their offer because they were not ready to pay an engineer salary for a land surveyor.

Begründung

Fachpersonen schätzen, dass eine sichere Rückkehr frühestens Ende 2023 möglich sein wird. Es gibt tatsächlich viele offene Stellen. Es braucht gezielte Unterstützung für die Anstellung von Ukrainer:innen in Schweizer Unternehmen. Da die Ukrainer:innen manchmal einen unkonventionellen Ansatz zur Lösung von Problemen haben, kann diese Zusammenarbeit für beide Seiten von Vorteil sein. Probleme bei der Arbeitssuche angesichts der Tatsache, dass der Status S ein vorübergehender Status ist. Dies hält Arbeitgeber davon ab, einschlägige Fachkräfte aus den Reihen der ukrainischen Flüchtlinge einzustellen, da es keine Garantien dafür gibt, wie der Status S verlängert wird. Aus diesem Grund ist die Unterbeschäftigung ein großes Problem. Darüber hinaus gibt es Fälle, in denen selbst dann, wenn ein Flüchtling einen Arbeitgeber gefunden hat und dieser bereit ist, den Flüchtling einzustellen, die Bürokratie eingreift und der Person die Einstellung verweigert. Ein Beispiel: Ein Flüchtling fand eine Stelle als Landvermesser. Der Arbeitgeber bereitete den Vertrag vor und war bereit, die Person einzustellen. Letztendlich wurde dieser Person die Arbeit verweigert, weil sie einen Abschluss als Ingenieurin hat und die Bürokratie darauf bestand, dass sie als Ingenieurin und nicht als Vermessungsingenieurin bezahlt werden muss. Der Arbeitgeber musste sein Angebot zurückziehen, weil er nicht bereit war, ein Ingenieurgehalt für eine Vermessungsingenieurin zu zahlen.

18. Clear communication and information

The Refugee Parliament proposes better communication of the rules, timing and conditions for those with S status, including correction of administrative errors, clarifying requirements of repayment of social assistance and assistance to host families. Social assistance (direct and to host families) should not be considered debts for refugees

18. Klare Kommunikation und Information

Das Flüchtlingsparlament schlägt eine bessere Kommunikation der Regeln, des Zeitplans und der Bedingungen für Personen mit S-Status vor, einschließlich der Korrektur von Verwaltungsfehlern, der Klärung der Anforderungen für die Rückzahlung von Sozialhilfe und der Unterstützung von Gastfamilien. Sozialhilfe (direkt und an Gastfamilien) sollte für Flüchtlinge nicht als Schulden gelten.

Background

Confusion between the federal, canton and municipal levels of government lead to many mistakes (such things as failing to update peoples addresses, providing contradictory advice on policy, incorrectly listing people's nationality, listing brothers as father and son, writing down the wrong dates of birth, wrong transliteration of names, etc.). Unfortunately, the burden falls on the refugees to deal with these problems, even as these many mistakes are not our fault. Lack of transparency of what policies are implemented, or plan to be implemented. This applies to various policies and decisions. To give an example: when some refugees were able to find a job, it was a surprise for some to receive a notice that they have debt to pay off. This was for the social assistance they may have received, including the money that their host families received for hosting them. The refugees are not being provided proper information on this, ahead of time. It is important to be transparent that, unlike in other countries, help in Switzerland is not unconditionally provided, and that each person receiving financial help will have debt to pay off.

Begründung

Die Verwirrung zwischen Bund, Kantonen und Gemeinden führt zu vielen Fehlern (z.B. fehlende Aktualisierung der Adressen, widersprüchliche politische Ratschläge, falsche Angabe der Nationalität, Angabe von Brüdern als Vater und Sohn, falsche Geburtsdaten, falsche Transliteration von Namen usw.). Leider liegt die Verantwortung für diese Probleme bei den Flüchtlingen, auch wenn wir für diese vielen Fehler nicht verantwortlich sind. Mangelnde Transparenz in Bezug auf die durchgeführten oder geplanten Maßnahmen. Dies gilt für verschiedene Politiken und Entscheidungen. Ein Beispiel: Als einige Flüchtlinge einen Arbeitsplatz gefunden hatten, erhielten sie überraschend einen Bescheid, dass sie Schulden zu begleichen hätten. Dies betraf die Sozialhilfe, die sie möglicherweise erhalten hatten, einschließlich des Geldes, das ihre Gastfamilien für ihre Aufnahme erhielten. Die Flüchtlinge werden darüber im Vorfeld nicht richtig informiert. Es ist wichtig, transparent zu machen, dass die Hilfe in der Schweiz, anders als in anderen Ländern, nicht bedingungslos gewährt wird und dass jede Person, die finanzielle Hilfe erhält, Schulden zu begleichen hat.

19. Psychological support through Ukrainian psychologists

The Refugee Parliament calls for psychological help for Ukrainian refugees with the help of the many psychologists who have left Ukraine.

19. Psychologische Hilfe durch ukrainische Psycholog:innen

Das Flüchtlingsparlament fordert, psychologische Hilfe für ukrainische Geflüchtete mithilfe der vielen Psycholog:innen, die Ukraine verlassen haben.

Background

Refugees need psychological help: both adults (especially women) and children. Since many psychologists have left Ukraine, it is possible that the Canton can use them as a resource and provide funding. How is it possible for the canton or health insurance companies to provide funding and recognition of qualifications?

This requires a telephone hotline and a consultation room.

This beneficial cooperation enables both the employment of psychologists and the support of Ukrainian refugees.

Begründung

Geflüchtete brauchen psychologische Hilfe: sowohl Erwachsene (insbesondere Frauen) als auch Kinder. Da viele Psycholog:innen, die Ukraine verlassen haben, ist es möglich, dass der Kanton sie als Ressource einsetzen und Finanzierung ermöglichen kann. Wie ist es möglich, durch den Kanton oder Krankenversicherungen dafür Geld bereitzustellen und Anerkennung der Qualifikationen zu ermöglichen? Dazu braucht es eine telefonische Hotline und einen Beratungsraum. Diese vorteilhafte Zusammenarbeit ermöglicht sowohl die Beschäftigung von Psycholog:innen als auch die Unterstützung der ukrainischen Geflüchteten.

20. Support for local projects that support Ukrainian refugees.

The Refugee Parliament proposes that the canton and towns work more closely with and financially support small local charities and organizations, as they often provide the greatest assistance to refugees. Social activities for adults and young adults are needed to provide more structure and exchange. Children need activities especially in winter.

20. Unterstützung für lokale Projekte, die ukrainische Geflüchtete unterstützen

Das Flüchtlingsparlament schlägt vor, dass der Kanton und die Städte enger mit kleinen lokalen Wohlfahrtsverbänden und Organisationen zusammenarbeiten und diese finanziell unterstützen, da diese oft die grösste Hilfe für Flüchtlinge leisten. Es braucht soziale Aktivitäten für Erwachsene und junge Erwachsene, um mehr Struktur und Austausch zu ermöglichen. Kinder brauchen Aktivitäten insbesondere im Winter.

Background

Social activities, especially for adults and young adults, but also for children. Winter is coming, many children will be at home with nothing to do. In Ukraine, all children went to different courses such as dancing, drawing, chess, music, etc., where they can meet and spend time together. This will be useful for both children and parents. How can Ukrainian children participate in such associations and offers?

Funding of small charities and organizations. These are severely underfunded, although they help refugees the most.

Begründung

Soziale Aktivitäten, insbesondere für Erwachsene und junge Erwachsene, aber auch für Kinder. Der Winter steht bevor, viele Kinder werden zu Hause sein und nichts zu tun haben. In der Ukraine gingen alle Kinder an verschiedene Kurse wie Tanzen, Zeichnen, Schach, Musik usw., wo sie sich treffen und Zeit zusammen verbringen können. Dies wird sowohl für Kinder als auch für Eltern nützlich sein. Wie können ukrainische Kinder an solche Vereine und Angebote teilnehmen? Finanzierung von kleinen Wohlfahrtsverbänden und Organisationen. Diese sind stark unterfinanziert, obwohl sie den Flüchtlingen am meisten helfen.